Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunde nur v. 12—
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Montag, den 5. Juli 1880. Nr. 308.

Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus.

Präsident Herzog v. Ratibor eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Ministertische: v. Puttkamer, Dr. Friedberg und mehrere Kommissarien.

Neu eingetreten ist Herr v. Morawski.

Tagesordnung:

Mündlicher Bericht der XII. Kommission über den Gesetzentwurf betreffend Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze.

Die Kommission beantragt, dem Gesetzentwurfe in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung unverändert die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen.

Referent Herr Adams empfiehlt diesen Antrag zur Annahme. Er rekapitulirt die Verhandlungen innerhalb der Kommission und konstatirt, daß die Majorität derselben diese Vorlage als einen wichtigen Schritt auf dem Wege zum kirchlichen Frieden erachte, einen Schritt des Staates, von dem sie hoffe, daß er von der anderen Seite entgegenkommende Schritte zur Folge haben werde. Die Motive des Gesetzes seien von allen Parteien und Konfessionen gebilligt worden. Der Staat vermöge sich der Erkenntniß des geistlichen Nothstandes, unter welchem ein großer Theil seiner katholischen Unterthanen leide, nicht zu verschließen.

Kultusminister v. Puttkamer: M. H., ich werde mich darauf beschränken, den Standpunkt darzulegen, welchen die Königliche Staatsregierung glaubt demjenigen Ergebniß gegenüber einnehmen zu müssen, welches als Endresultat diesem hohen Hause zugegangen ist. Als der preußische Staat vor sieben Jahren sich sehr gegen seinen Willen genöthigt sah, seine Rechtsordnung mit gesetzlichen Schutzwehren zu umgeben gegen den Ansturm der vatikanischen Richtung in der katholischen Kirche, hat ihm die Absicht sehr fern gelegen, einen Konflikt heraufzubeschwören mit den Organen der katholischen Kirche. Daß dieser Konflikt nicht hat vermieden werden können, bedauert Niemand tiefer, als die Königliche Staatsregierung selber. Sie hat deshalb das erste Anzeichen, welches vor nunmehr zwei Jahren von anderer Seite auftauchte, einen Frieden wieder herzustellen, mit der lebhaftesten Genugthuung begrüßt, und sie hat keinen Augenblick gezögert, in Erörterungen einzutreten, welche diesen Zweck erreichen sollten. M. H., es ist weltbekannt, woran diese Bemühungen gescheitert sind. Die Regierung sah sich sehr bald der unumstößlichen Thatsache gegenüber, daß zu einem wirklichen dauernden, friedliche Verhältnisse verbürgenden Ausgleich mit der Kurie nicht zu gelangen ist. Deshalb sah sich die Regierung vor die Alternative gestellt, entweder ihre Bemühungen in dieser Richtung einzustellen, oder ihrerseits selbst auf dem Wege der Landesgesetzgebung vorzugehen. Auf diesem Gedanken beruht der vorliegende Gesetzentwurf Es handelte sich bei demselben um drei große Gesichtspunkte: Erstens um die Wiederherstellung der gestörten Diözesanverwaltung in den Bisthümern. Die Königliche Staatsregierung hat keinen Zweifel darüber gehabt, daß es zulässig sein würde, bez. der erledigten Bisthümer, soweit die Prüfung des konkreten Falles es gestatten würde, durch Allerhöchsten Akt einen seines Bisthums entkleideten Kirchenfürsten wieder in sein Amt zu führen. Der zweite Gesichtspunkt war derjenige, daß, nachdem mit Zuhülfenahme dieser Bestimmungen die Sedisvakanz beseitigt worden wäre, nun auch die zum großen Theil zerstörte Parochialordnung zur Wiederherstellung gelange. Neben diesen beiden Hauptzwecken enthielt nun die alte Vorlage die Absicht, auch noch eine Reihe von materiell als zulässig anerkannten Milderungen der bisherigen kirchenpolitischen Gesetzgebung eintreten zu lassen. Diese Vorlage hat nun von zwei sich diametral entgegenstehenden Seiten lebhafte Angriffe erfahren. Auf der einen Seite sagte man: Diese Vorlage ist der erste Schritt zu einer schwächlichen Beiseitesetzung der Staatssouverainetät und Majestät der Gesetze kirchlichen Prätensionen gegenüber. Auf der andern Seite behauptete man, dieses Gesetz müsse in seinen Konsequenzen dahin führen, die katholische Kirche mit gebundenen Händen der Diskretion des omnipotenten Staates zu übergeben. Die Regierung erblickt in diesem Widerspruch einen Fingerzeig, daß sie das Richtige getroffen hat. Es ist der Regierung zu ihrem großen Bedauern nicht gelungen, diese ihre Anschauung in der Diskussion unbestritten zur Geltung zu bringen. Ich konstatire mit tiefem Bedauern, daß dieser Entwurf in seinen wesentlichsten Grundlagen im Abgeordnetenhause zu Falle gebracht worden ist durch eine unnatürliche Koalition, denn das hat die Diskussion im Abgeordnetenhause reichlich an den Tag gelegt, daß, wenn ich diejenige Partei, welche, wie ich annahm, das eminenteste Interesse an dem Zustandekommen gehabt hat, abziehe von der Gesammtheit des Abgeordnetenhauses, dann die Thatsache übrig bleibt, daß die überwiegende Mehrheit des evangelischen Volkes Preußens der Meinung ist, es sei die Zeit gekommen, den kirchlichen Frieden wieder herzustellen, oder wenigstens einen ernstlichen Versuch zu machen. Dies ist ein sehr schöner Trost, und dies wird für die Staatsregierung ein Fingerzeig sein, den sie sicherlich nicht unbenutzt lassen wird. In diesem Augenblick steht die Regierung aber der Thatsache gegenüber, daß das Abgeordnetenhaus sich nicht hat entschließen können, eine Vorlage anzunehmen, wie sie nach den Wünschen der Regierung nöthig gewesen sein würde. Das, was von derselben übrig geblieben ist, stellt sich weniger als ein politisches als ein nützliches Verwaltungsgesetz dar, welches es möglich macht, in ausgiebiger Weise immer noch denjenigen Zustand zu verbessern, über den die Angehörigen der katholischen Kirche in Preußen klagen. Die Versuchung hat der Regierung recht nahe gelegen, nach diesem ungenügenden Ausfall der Berathungen des Abgeordnetenhauses auf die ganze Sache zu verzichten und lieber einen günstigeren Zeitpunkt abzuwarten. Aber, m. H., — und das ist diejenige Rücksicht gewesen, welche schließlich für die Regierung entscheidend gewesen ist, — wir glauben doch andererseits die Pflicht zu haben, auch nicht das kleinste Hülfsmittel zurückzuweisen, um den Beschwerden unserer katholischen Mitbürger, soweit wir sie für begründet erachten, zu Hülfe zu kommen. (Beifall.) Wir sind der Meinung, daß es eine einfache Gewissenspflicht ist, diejenigen werthvollen Rudera anzunehmen, welche die Berathungen des Abgeordnetenhauses von dem alten Gesetzentwurf übrig gelassen haben. Es wird schwer sein, in dieser Beziehung in kirchlich-politischer Beziehung einen Schritt vorwärts zu thun. Ich erkläre aber, daß die Regierung auch dieses dankbar acceptirt. Namentlich sind es die Art. 5 und 6, früher 9 und 10, welche in den Augen der Staatsregierung werthvoll genug sind, um sie als Abschlagszahlung zur Annahme zu empfehlen, und ich kann deshalb dem hohen Hause mit voller Beruhigung anheimstellen, den Vorschlag Ihrer Kommission anzunehmen. Die Staatsregierung verspricht ihrerseits, daß die ihr gebotenen Mittel mit voller Loyalität sollen angewendet werden. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Dove: Ich halte es für unmöglich, daß Bischöfe wieder auf ihre Stühle zurückgeführt werden, die die Maßnahmen der preußischen Regierung gegen die Kurie verglichen haben mit den Christenverfolgungen eines Nero und Diocletian. Wenn Leo XIII. auch den deutschen Katholiken zu Hülfe kommen möchte, so zeigt uns doch der Gang der Verhandlung mit dem päpstlichen Nuntius, was bei dem letzteren erreicht wird. Erst war die Kurie höchst bescheiden in ihren Forderungen, jetzt weist sie die weitgehendsten Anerbietungen zurück. Rom wird von keinem Staate je befriedigt werden. Ich stehe daher den Maigesetzen durchaus nicht feindlich gegenüber, denn wir haben damit in kein Recht der Kirche eingegriffen, sondern uns nur die staatlichen Rechte von Neuem gewahrt. Nur einen Fehler hat man bei der Maigesetzgebung gemacht; sie gelten gleichmäßig für die evangelische wie für die katholische Kirche, während beide doch so diametral in ihren Zielen und Anschauungen auseinandergehen. Den Fehler hat aber nicht der Minister Falk gemacht, sondern er entstand aus der alten doktrinären Anschauung, daß Alles gleichberechtigt im Staate behandelt und verwaltet werden müsse. Die katholische Kirche übt Widerstand aus Prinzip, denn wir sehen, daß der Fürst-Bischof von Breslau, der in Preußen die Anzeige verweigerte, in Oesterreich sich ganz widerspruchslos der Anzeigepflicht fügte. Ich möchte nun nicht, daß die katholische Bevölkerung durch den unberechtigten Widerstand der Bischöfe in ihrer Seelsorge leiden solle. Eigentlich ist allerdings die Kirche zur Seelsorge verpflichtet, aber um der zweifellos bestehenden Kalamitiät abzuhelfen, halte ich die Beschlüsse des anderen Hauses für annehmbar. (Beifall.)

Minister v. Puttkamer: Wenn ich im anderen Hause den katholischen Mitgliedern gegenüber nicht wie der Vorredner in einen polemischen Ton verfiel, so lag dies darin, daß die ganze Vorlage auf Frieden und Versöhnung gerichtet war. (Beifall.) Wenn ich gereizt werde, kann ich allerdings auch anders sprechen. (Heiterkeit.) Aber ich glaube keineswegs etwas von den Rechten des Staates gefährdet zu haben. Ich habe wiederholt im anderen Hause gesagt: Die Staatsregierung fühle lediglich das Bedürfniß, ihrerseits Alles zu thun, um der Befriedigung des seelsorgerischen Bedürfnisses entgegenzukommen.

Fürst Radziwill: Es befriedigt mich und einen großen Theil des Hauses, daß die Regierung die Devise des Kampfes: „Los von Rom!" in ihrer bisherigen Schärfe fallen gelassen hat. Zwar war bereits in der Handhabung der Maigesetze eine mildere Praxis eingetreten und damit manches Hinderniß und Aergerniß beseitigt, wofür ich dem Minister noch meinen ganz besonderen Dank ausspreche, denn er erkennt damit die tiefen Schädigungen an, die die Maigesetze mit sich geführt haben. Aber von diesem theoretischen Anerkenntniß muß es auch zu praktischen Maßnahmen kommen. Zu einem wirklichen Frieden können wir nur durch eine organische Revision der Maigesetze auf Grund einer Vereinbarung zwischen Staat und Kurie gelangen. Alle einseitigen Dispositionen der Staatsregierung in kirchlichen Fragen werden daher ebensowenig Zustimmung im Lande finden, wie diese Vorlage. Auch diese hält das System der Maigesetze, vor Allem den Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten, aufrecht, den die Kurie nie wird anerkennen können. Aus allen diesen Gründen muß ich gegen die Vorlage stimmen.

Herr Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode bittet um unveränderte Annahme der Vorlage. Es handle sich hier nicht um einen Kampf zwischen Katholizismus und Protestantismus, oder zwischen Glauben und Unglauben, sondern es handle sich um den Jahrhunderte alten Streit zwischen Kaiser und Papst, in dem heute wie ehemals die Welfen das traurige Privilegium haben, an der Spitze der Reichsfeinde zu marschiren, Deutschland unter den römischen Pantoffel zu bringen. Die erhoffte Einigung der Parteien liegt ja leider noch in der Ferne; aber es ist doch wenigstens etwas erreicht worden, freilich wurde die Vorlage aus einem Vollmachtsgesetz zu einem Revisionsgesetz. Fortschritt und Centrum bekämpften das Gesetz, das konnte ihm nur zur Empfehlung gereichen; denn nach langjährigen Erfahrungen habe sich gezeigt, daß, wenn Centrum und Fortschritt eine Vorlage bekämpfen, man immer gut thue, dafür zu stimmen. (Heiterkeit.) Leider aber habe auch der frühere Kultusminister Dr. Falk die Vorlage bekämpft, seine Rede habe im Lande großen Schaden gethan. Redner versucht nun im Einzelnen die Argumente der Falk'schen Rede zu widerlegen. Der Kernpunkt der Vorlage, Art. 4, ist hauptsächlich durch den Abg. v. Bennigsen zu Fall gebracht. An die Rückberufung der Herren Melchers und Ledochowski habe aber doch im Ernste Niemand glauben können. (Widerspruch.) Weshalb aber das Centrum der amendirten Vorlage nicht zugestimmt habe, sei nicht recht klar, da sie immerhin recht erhebliche Milderungen biete. Der zweite Antrag von Lippe würde durch seine Annahme das ganze Gesetz umstürzen. Aber auch den Art. 1 wollen wir heute nicht wiederherstellen. Die Jesuiten, alt und jung, Lehrer und Schüler, sollen vom deutschen Boden fern bleiben; ein deutscher Priester soll nicht katholische Theologie studiren an Anstalten, wo Perrone und ähnliche Biedermänner doziren! Die Regierung sei so friedfertig wie nur möglich; aber der Kulturkampf werde doch fortgesetzt werden müssen, die jetzige Generation werde sein Ende schwerlich erleben! Die Regierung sei freilich in dem Kampf zu weit nach links gedrängt worden; heute aber sei das anders. In der Weise, wie Herr v. Puttkamer den Kampf führt, können wir ihn tausend Jahre führen. (Heiterkeit.) Den Gang nach Kanossa wollen wir nicht! Redner ergeht sich darauf in einer längeren Polemik gegen die Haltung der Centrumspartei und kommt zu dem Schlusse, mit dieser Partei sei ein Paktiren überhaupt nicht möglich. (Beifall.)

Graf Brühl (klerikal) replizirt auf die Ausführungen des Professors Dove und des Grafen Stolberg, denen er völlige Unkenntniß der katholischen Verhältnisse vorwirft. Auch die ursprüngliche Vorlage der Regierung verkenne das Wesen der katholischen Kirche, indem sie die Anzeigepflicht verlange. Gegen die jetzige Vorlage müsse er sich im Prinzip erklären, wenngleich er nicht verkenne, daß dieselbe manche Vortheile enthalte. Dahin gehöre der Art. 5, welcher dem Priestermangel, welcher sehr schwer empfunden werde, abhelfen solle. Artikel 1 und 7 seien dagegen für ihn und seine politischen Freunde unannehmbar. Dieser prinzipielle Widerstand halte ihn aber nicht ab, den Kultusminister zu bitten, dem zu Stande gekommenen Gesetz die vollste Wirksamkeit zu geben, und den Nothstand der Katholiken zu erleichtern. Geschähe dies, dann würden die Katholiken vielleicht geneigt sein, später einem weitergehenden kirchenpolitischen Gesetze ihre Zustimmung zu geben.

Graf zur Lippe vertheidigt seine Amendements, welche auf Wiederherstellung der ursprünglichen Regierungsvorlage gerichtet sind, indem er die Maigesetze einer scharfen Kritik unterzieht.

Kultusminister v. Puttkamer hält dafür, daß an den Maigesetzen, als einer unverrückbaren Grundlage der kirchlichen Gesetzgebung, festzuhalten sei. (Beifall.) Der dissentirenden Ansicht des Centrums dieser Anschauung gegenüber sei der Fall hervorragender Bestimmungen des Gesetzes zu danken. Die Wiederherstellung des Artikels 1 könne er zwar als Minister nicht bekämpfen, er gebe aber doch zu bedenken, daß im Falle der Annahme desselben das Zustandekommen des ganzen Gesetzes in Frage gestellt würde.

Die General-Diskussion wird geschlossen.

Die einzelnen Artikel der Vorlage werden darauf in rascher Folge unter Ablehnung der Lippe'schen Anträge unverändert angenommen, nachdem noch Dompropst Holzer die Annahme besonders des Art 5 (früher 9, Amtshandlungen in erledigten Pfarreien) warm empfohlen.

Die Annahme des ganzen Gesetzes erfolgt mit großer Majorität.

Der Präsident theilt mit, daß der Schluß der Session heute Abends 8 Uhr in vereinigter Sitzung beider Häuser erfolgen wird.

Baron Senfft v. Pilsach spricht dem Präsidium für die wohlwollende und unparteiische Leitung der Geschäfte den Dank des Hauses aus.

Präsident Herzog von Ratibor erwidert den Dank zugleich namens der anderen Mitglieder des Präsidiums.

Nachdem der Präsident hierauf die übliche Uebersicht über die erledigten resp. unerledigt gebliebenen Vorlagen, Anträge 2c. gegeben, schließt die Sitzung nach dreimaligem begeisterten Hoch auf Se. Majestät den König.

Schluß 4½ Uhr.

In gemeinsamer Sitzung beider Häuser erfolgte in der heutigen Abendsitzung der Schluß der gegenwärtigen Session des Landtages. Unter dreimaligem Hoch auf Se. Majestät den König, in welches die Versammelten enthusiastisch einstimmten, trennten sich die Mitglieder.

Ausland.

Paris, 2. Juli. Die Regierung wird augenblicklich von zwei entgegengesetzten Seiten bedrängt, von den Radikalen, welche die unverzügliche Anwendung der Märzdekrete auch auf die religiösen Kongregationen außer den Jesuiten verlangen, und von den erzürnten Klerikalen, denen es an einigen Orten gelungen ist, die öffentliche Meinung aufzuregen. Die Organe der Radikalen sind noch lange nicht befriedigt mit dem Vorgehen der Agenten des Ministeriums und noch weniger mit der offiziösen Mittheilung von Havas, welche eine gewisse Zaghaftigkeit der Regierung verräth der Aufregung in der katholischen Partei gegenüber. Der „Rappel" erklärt, die Austreibung der Jesuiten sei nur eine Austreibung zum Spaß. Der Petit Parisien mahnt die Regierung zur größten Festigkeit und schreibt: „Die einzelnen Jesuiten treten unter das gemeine Recht zurück, so werde denn auch das gemeine Recht auf sie angewandt, ohne Einschränkung, ohne Ausnahme, ohne Privilegium noch Begünstigung. Anderen Falles wäre, was am Mittwoch unter dem Beifall des Landes geschehen ist, nur eine grobe Posse, eine lächerliche Komödie." Alle andern radikalen Blätter enthalten ähnliche Aeußerungen und drängen die Regierung, die Ausführung der Märzdekrete auf alle nicht genehmigten Kongregationen

auszudehnen. Das Volk schreit in den Straßen nach, was die intransigenten Blätter schreiben. Zu Paris vor dem Institut der Jesuiten in der Rue Lafayette, welche dort eine Schule halten und denen deshalb das Gesetz einen Ausstand gewährt, finden sich fortwährend lärmende Volkshaufen ein, welche „Nieder mit den Jesuiten!“ schreien. Gestern Abend bereitete sich eine feindliche Kundgebung in dem Erziehungsinstitute der Rue Lhomond vor, als man die Rückkehr der Zöglinge erwartete, welche eine Landparthie gemacht hatten. Sie ward nur dadurch verhindert, daß der Pater Du Lac seine Zöglinge zu einer andern Stunde heimkehren ließ, als erwartet war. Die Störenfriede fanden sich getäuscht und liefen ruhig auseinander. Aber nicht nur in Paris kommen dergleichen Kundgebungen vor; in Marseille hat sich eine Volksmenge vor die Präfektur begeben, um die vollständige Ausführung der Dekrete zu verlangen. Eine Delegation der republikanischen Vereine wollte sich zu gleichem Zwecke zum Präfekten begeben. In Beziers fordern die Radikalen unter Drohungen die unverzügliche Ausführung der Dekrete. In Nimes sind es die Katholiken, welche sich vor dem Kloster der Rekollekten versammeln, um gegen die Regierung zu protestiren. Gestern hatten sich dort an zehntausend Personen versammelt und der Präfekt des Departements ist über die Haltung der katholischen Bevölkerung sehr beunruhigt. Ein Beamter der Staatsanwaltschaft daselbst hat seine Entlassung gefordert; die klerikalen Führer sind dort sehr einflußreich. In Montpellier ist die Aufregung eben so groß; der Bischof stattete den Carmelitern einen Besuch ab und die Legitimisten schrieen bei dieser Gelegenheit „Nieder mit den Dekreten!“ „Nieder mit Ferry!“, „Nieder mit Grevy!“ Ein Soldat, welcher vorüberging, rief: „Es lebe die Republik!“ Sofort fiel man über ihn her, zerriß ihm die Kleider und mißhandelte ihn. Die Polizei mußte einschreiten und Verhaftungen vornehmen.

Paris, 3. Juli. Bischof Freppel hat durch eine gestrige Deputirtenrede allgemeine Heiterkeit erregt. Alle Welt hatte geglaubt, er werde ein zweiter Dupanloup sein. Er erwies sich aber so unbedeutend, daß selbst seine politischen Freunde darüber erschraken. Uebrigens war er fast gegen seinen Willen von seinen politischen Freunden, die gehofft hatten, er werde die Regierung niederschmettern, zum Reden gedrängt worden.

Der päpstliche Nuncius hat von Rom die Weisung erhalten, alles aufzubieten, daß Frankreich seinen Botschafter beim Vatikan nicht abberuft.

Die Beschwerdeschrift der Jesuiten in Paris ist heute dem Präsidenten des Seine-Tribunals überreicht worden, der, obschon der Polizeipräfekt verlangt, das Gericht solle sich für unzuständig erklären, in Betracht der Bedeutung und Wichtigkeit der vorgetragenen Thatsachen die Klage an die erste Kammer verwies. Diese wird am Mittwoch darüber entscheiden. Täglich werden neue Entlassungsgesuche von Gerichtsbeamten angemeldet.

In Lyon haben sieben aus dem Gerichtsparket ausgetretene Beamte sich als Advokaten einschreiben lassen. Ebendort ist die Beschwerdeschrift der Jesuiten dem Tribunal bereits eingereicht worden.

Provinzielles.

Stettin, 5. Juli. Diejenigen Mannschaften, deren Wohnungen durch die neue Bezeichnung der Straßen in ihren Namen oder Hausnummern Veränderungen erfahren, haben dies schleunigst ihren resp. Bezirksfeldwebeln zu melden, widrigenfalls sie gemäß § 14 der Kontroll-Ordnung wegen Kontrollentziehung bestraft werden.

— Es gehen mehrfach Nachrichten durch die Zeitungen, daß die Thäter des in Schwerin i. M. in der Nacht vom 29. 30. v. Mts. verübten Postdiebstahls festgenommen seien. Diese Nachrichten sind falsch. Bis jetzt sind weder die Diebe ermittelt, noch ist das entwendete Geld herbeigeschafft.

— Die den gestrigen Sonntag über anhaltende trübe Witterung hat wohl Manchen von der Ausübung seines Sonntags-Vergnügens abgehalten, wenigstens zeigten nur wenige Sommerlokale den zahlreichen Besuch, dem man an warmen sonnigen Sonntagen sonst überall zu begegnen pflegt. Wie sehr Recht die Vorsichtigen gehabt haben, hat uns der von 5 Uhr an in kleinen Pausen eingetretene Regen bewiesen, der z. B. die Besucher des „Bellevue-Gartens“ um die Illumination der prächtig angelegten Ballon-Gruppirungen brachte. Man mußte sich deshalb an dem Aufsteigen einiger Papier-Ballons und dem Abbrennen eines kleinen Wasser-Feuerwerks genügen lassen. Die Konzert-Kapelle hatte für ein gutes und reichhaltiges Programm gesorgt, während im Theater „Mariannen's Lüge“ die Lachmuskeln des Auditoriums in Bewegung setzte. Das 4aktige Lustspiel des Herrn Fritzsche, der eine der Hauptrollen übernommen hatte, ist mit vieler Sorgfalt geschrieben, wenngleich die Handlung nur sehr harmlos ist. Vermöge der sehr hübschen Leistung des Herrn Sussa als Michel und des uns bisher unbekannten Frl. Stein, die einen recht guten Eindruck auf uns machte, erzielte die Novität einen vollen Erfolg, der leicht durch das ungeschickte Spiel des Herrn Jordan (Hauptmann v. Hellingen), den wir wohl einige militärische Exercitien durchmachen sehen möchten, und der unvollkommenen Leistung des Frl. Ulrich als Baronin in alle Winde verflogen wäre. Frl. Hoffmann (Marianne) leistete dagegen Besseres, als wir früher von ihr gesehen haben, ebenso konnte Frl. Baldner (Amathusia) genügen.

— Dem Kaufmann Herrn Franz Gristel, Mitinhaber der Firma Rud. Christ. Gribel, ist seitens der königl. portugiesischen Regierung die Exequatur als Vice-Konsul ertheilt worden. Die Bestätigung der diesseitigen Regierung steht zu erwarten.

— Ein Theil der bisherigen Mitglieder des „Bellevue-Theaters“ gedenkt unter der Leitung des Regisseurs Herrn Sussa auch ferner noch theatralische Vorstellungen zu geben und sind deshalb bereits einige Engagements von Mitgliedern und Gästen getroffen worden. Heute beginnt das Gastspiel der Hofschauspielerin Fr. Große in Benedix „Der Störenfried“. Möge das Publikum die Bemühungen der strebsamen Schauspieler einigermaßen belohnen.

— Am Dienstag findet das übliche Sommer-Konzert des Schütz'schen Musikvereins in Verbindung mit der Kapelle des 34. Regiments statt. Wie immer, bringt das reichhaltige Programm nur gute Musik. Es kommen u. A. von der Kapelle ein Largo von Haydn, Ouverturen von Mendelssohn und Reinecke zum Vortrag, während von den Sängern sowohl Chöre a capella als auch mit Orchesterbegleitung ausgeführt werden. Von den ersteren machen wir besonders auf die Kärnthner Volkslieder aufmerksam, welche der Wiener Männer-Gesangverein vor dem königlichen Hofe in Brüssel zu Gehör brachte, von den letzteren weisen wir auf Jensen's humoristische, Brahms' und Gernsheim's gehaltvolle Chöre besonders hin. Wir verfehlen deshalb nicht, dem musikliebenden Publikum den Besuch dieses anregenden Konzertes zu empfehlen.

— Die Leiche des Handlungsdieners Kurth, der am Donnerstag in der Pionier-Schwimmanstalt ertrunken ist, wurde erst heute Morgen aufgefunden.

— Dem Rentier Timm wurde am Sonnabend Vormittag aus seiner Heinrichstraße 37 belegenen Wohnung, nachdem diese durch Nachschlüssel geöffnet war, eine goldene Remontoiruhr mit kurzer goldener Kette im Werthe von 258 M. gestohlen; ferner wurde dem Schuhmachergesellen Marks gestern eine silberne Ankeruhr mit Goldrand im Werthe von 42 M. gestohlen, als er in einem Hausflur der Neuen Königsstraße eingeschlafen war. In beiden Fällen waren die Recherchen nach den Dieben erfolglos.

— Ein Keller in dem Hause Falkenwalderstraße 135 wurde vor einigen Tagen mittelst Herausziehens der Krampe geöffnet und daraus neun Flaschen Rothwein gestohlen.

— In der Nacht vom 3. zum 4. d. Mts. statteten Diebe dem Hühnerstall des Müllermeisters Böse, Altdammerstraße 35, einen Besuch ab und entwendeten mehrere Hühner im Werthe von 18 Mark.

— Es vergeht fast kein Markttag, ohne daß ein Taschendiebstahl gemeldet wird; trotzdem beobachten die Hausfrauen nicht die nöthige Vorsicht, am Sonnabend wurde wiederum der Ehefrau eines Ingenieurs am Fischbollwerk ein Portemonnaie mit 36 Mark Inhalt aus der Kleidtasche gestohlen.

— Am Sonnabend kam ein junger Mann in die Wohnung des Herrn Pfarrers Bautz hierselbst und stellte sich demselben als Sohn des Abgeordneten Windthorst vor und erzählte, es sei ihm auf der Reise von Berlin nach Stettin in einem Koupee II. Klasse das Portemonnaie mit Inhalt gestohlen worden und er sehe sich daher genöthigt, die Hülfe des Herrn Pfarrers in Anspruch zu nehmen, um seine Reise fortsetzen zu können. Dem Herrn Pfarrer kam der angebliche Sohn Windthorst's sehr verdächtig vor und er sprach sich gegen denselben auch etwas bedenklich aus. Deshalb glaubte auch wohl der junge Mann, Herr Bautz würde zur Polizei schicken und er drückte sich deshalb schleunigst. Da der Hochstapler wohl auch anderweitig sein Glück versuchen wird, warnen wir hiermit vor demselben.

— In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde von der hiesigen Polizei eine Razzia abgehalten und dabei über 50 Personen wegen Obdachlosigkeit zur Haft gebracht, darunter auch einige längst gesuchte Zuchthäusler.

— **Jagdkalender für den Monat Juli.** Nach den Bestimmungen des Jagdschongesetzes von 26. Februar 1870 dürfen in diesem Monat nur geschossen werden: Männliches Roth- und Damwild, Rehböcke, Enten, Trappen, Schnepfen, Sumpf- und Wasservögel. Dagegen sind mit der Jagd zu verschonen: Weibliches Roth- und Damwild, Wildkälber, Ricken, Rehkälber, der Dachs, Auer- und Birkwild, Fasanen, Haselwild, Rebhühner, Wachteln, Hasen.

Pölitz, 1. Juli. Folgen einer Zahnoperation. Was für böse Folgen manchmal an sich ganz unschuldige Dinge haben, davon zeugt nachstehende Geschichte, welche neulich eine Dame unserer Stadt auf dem Dampfer „Pölitz“ ihrer Freundin, natürlich unter dem Siegel der Verschwiegenheit, anvertraute. Eine hiesige junge Dame von reizendem Aeußeren hatte das Herz eines ebenso anziehenden Herrn im Sturme erobert und schon sah man dem Augenblick entgegen, wo sie auf ewig vereint sein würden. Doch mit des Geschickes Mächten ist kein ewger Bund zu flechten und das Schicksal schreitet schnell. Die Angebetete des jungen Glücklichen litt an heftigen Zahnschmerzen, die, wie Jedermann weiß, nicht gerade zu den Annehmlichkeiten des menschlichen Lebens gehören und sogar im Stande sind, die goldenen Tage der ersten Liebe zu trüben. Das Herz des unseligen Bräutigams konnte den Schmerz seiner Angebeteten nicht länger ertragen und er schlug daher vor, den Störenfried durch einen Zahnkünstler entfernen zu lassen. Nach längerem Zögern endlich entschloß sich die Dame seines Herzens zu diesem unheilvollen Schritte. Mit den gefährlichen Werkzeugen erschien der Dr. in absentia und die Operation konnte nun nach einigem Sträuben beginnen. Ein kräftiger Ruck — und, o Himmel, der Zahnkünstler hatte nicht blos den Zahn, sondern den ganzen Oberkiefer mit in der Hand. Vor Schreck fiel dem sonst beherzten Heilkünstler die Waffe aus der Hand, solch eine Wirkung war ihm in seiner Praxis noch nicht vorgekommen. Sprachlos starrte der Geliebte die fast Ohnmächtige an; doch sein Erstaunen und seine Ueberraschung wuchs, als er sah, daß auch der Unterkiefer lose war. Ein stummer Blick und verschwunden war der Geliebte auf Nimmerwiedersehen.

Vermischtes.

— (Ein Eisenbahn-Gaunerstückchen neuester Art.) Ein Pester Polizei-Kommissär meldet folgendes Gaunerstückchen, welches auf dem am Mittwoch Abend von Wien abgegangenen und am folgenden Morgen in Pest angelangten Personenzuge ausgeführt wurde. In Wien stiegen sieben Personen in ein Koupee zweiter Klasse des nach Budapest abgehenden Personenzuges. Unter diesen Personen waren auch ein alter Herr und ein junger Mann, welch Letzterer sich schon nach einer halbstündigen Fahrt bequem zurücklehnte und bald so fest eingeschlafen war, daß er keine Frage des alten Herrn mehr beantwortete. Unweit von Preßburg klagte der alte Herr gesprächsweise den anderen Koupee-Insassen, sein Sohn sei stets leichtsinnig gewesen, auch jetzt z. B. schlafe er so fest, obgleich er ihm das ganze Reisegeld zur Verwahrung übergeben habe. Dieses sagend, knöpfte der alte Herr dem jungen Mann den Rock auf und nahm ruhig vor den anderen Passagieren die Brieftasche desselben heraus, die er sodann „der Sicherheit wegen“, wie er sagte, zu sich steckte. Als der Zug dann in Preßburg anhielt, stieg der alte Herr aus und ersuchte die anderen Passagiere, auf seinen Sohn und dessen Gepäck, sowie auf seinen Rock kurze Zeit Acht haben zu wollen. Als bereits das letzte Signal zur Abfahrt des Zuges ertönte und der alte Herr noch immer nicht in das Koupee zurückgekehrt war, weckten die Passagiere den jungen Mann auf, um ihm zu sagen, daß sein Vater ausgestiegen und nicht mehr zurückgekehrt sei. Ehe sich dann der junge Mann den Schlaf aus den Augen gerieben und so weit erholt hatte, um sagen zu können, er habe gar keinen Vater, war der Zug schon in der Fahrt begriffen. Nun erst erfuhr der Mann zu seiner Bestürzung die Art und Weise, wie er seiner Brieftasche, die über 800 Gulden Baargeld enthielt, beraubt worden ist. Der junge Mann stieg bei der nächsten Station aus, um sich zurück nach Preßburg zu begeben, wo er jedoch kaum mehr eine Spur seines Pseudo-Papas entdeckt haben dürfte.

— (König und Seifensieder.) Während der letzten Anwesenheit des Königs von Griechenland in London ereignete sich ein amüsanter Zwischenfall. Der Prinz von Wales besuchte mit seinem Schwager, dem Könige, eine Vorstellung der Sarah Bernhardt. Während eines Zwischenaktes kam der Prinz mit dem König in die Kouliſſe und stellte den Letzteren der berühmten Künstlerin mit den Worten: „Mein Schwager“ vor. Während der Prinz sich zu einer anderen Künstlerin wandte, plauderte Sarah mit dem König, den sie jedoch immer einfach „Monsieur“ titulirte. Endlich war das Gespräch zu Ende, die Künstlerin war im Begriffe, in ihre Ankleideloge zu gehen. Da hielt sie ein Kollege mit den Worten auf: „Nun, wie haben Sie sich mit dem König unterhalten?“ — „Mit welchem König?“ — „Nun, mit dem König von Griechenland, den Sie soeben verlassen haben.“ — „Das ist der König von Griechenland?“ — Mit einem Satze stand die Künstlerin vor dem Prinzen von Wales, der noch mit ihrer Kollegin plauderte. „Das ist Verrath, Prinz!“ rief sie aus, „warum sagten Sie mir nicht, daß es der König war, den Sie mir vorstellten?“ — „Ich sagte Ihnen doch: Mein Schwager“, entgegnete der Prinz. — „Ihr Schwager, Ihr Schwager! Wie soll ich wissen, wer Ihr Schwager ist? Ihr Schwager könnte ebensogut ein Seifensieder wie ein König sein!“ — Tableau.

— Im Petersburger aristokratischen Klub wurde ein Mitglied, welches allerdings ein kolossales Vermögen besitzt, während einiger für ihn unglücklicher Spielabende um acht Millionen Franks erleichtert. Dieser Fall erregt selbst in der russischen Hauptstadt Sensation.

Literarisches.

Unter den vielen populären Literaturgeschichten welche die neuere Zeit zu Tage gefördert hat, wird die **Geschichte der deutschen Literatur von Wilhelm Scherer**, Professor an der Königl. Universität Berlin, deren erstes Heft soeben im Verlage der Weidmann'schen Buchhandlung zu Berlin erschienen ist, ohne Zweifel binnen Kurzem einen hervorragenden, wenn nicht den ersten Platz sich erobern. Der Verfasser, der als Gelehrter schon lange einen bedeutenden Rang einnimmt, und der auch durch seine „Vorträge und Aufsätze“ und seine meist in der „Deutschen Rundschau“ erschienenen Studien über Goethe einem größeren Publikum bereits bekannt wurde, ist für die schwierige Aufgabe, die er sich gestellt hat, auf das Vollkommenste ausgerüstet, mit der unbedingten und sichern Beherrschung des weiten Literaturgebietes, welches er mit seinen Lesern durchwandern will, — von den ältesten Zeiten bis auf die Gegenwart — verbindet er eine ausgezeichnet lebendige und farbenreiche Darstellungsgabe, um die ihn nicht nur die meisten Gelehrten, sondern auch mancher Schriftsteller von Ruf und Ansehen beneiden könnte. Zu diesem Urtheil berechtigt schon das erste Heft, welches uns heute vorliegt; wer für die verhältnißmäßig fernerliegenden ersten Zeiten unserer Geschichte und Literatur, für die halben Anläufe und geringen Resultate, für die fragmentarischen Bestrebungen bei den Gothen und Franken unter Theodorich und Karl dem Großen uns so lebhaft und so anhaltend zu interessiren weiß, von dem können wir für die „helleren“ Zeiten, für die Blütheperioden des Mittelalters und der neueren Zeit das Außerordentlichste erwarten. Das erste Heft führt auf 80 Seiten bis an die Schwelle der klassischen Zeit, zu den Anfängen der Lyrik und Epik im 12. Jahrhundert; in sieben weiteren Heften von gleichem Umfange soll das ganze Werk vollendet sein. Hält die Fortsetzung, was der glückliche Anfang verspricht, so zweifeln wir nicht, daß Scherer's Literaturgeschichte in kurzer Zeit die Stelle sich erringen wird, die einst das heute veraltete Werk von Vilmar einnahm.

Der Umfang des Buches ist auf ca. 40 Bogen berechnet, die in etwa acht Heften à 1 Mark zur Ausgabe kommen. [102]

Telegraphische Depeschen

Ems, 4. Juli. Der Kaiser machte gestern Nachmittag eine Spazierfahrt und wohnte Abends der Vorstellung im Theater bei. Heute früh setzte der Kaiser die Kur fort.

Der Fürst Milan von Serbien ist gestern hier eingetroffen.

Wien, 4. Juli. Die „Montagsrevue“ sagt bei einer Besprechung der Berliner Konferenz: Wiewohl der Vermittelungsgedanke die Verhandlungen der Konferenz beherrscht habe, könne hieraus doch nicht geschlossen werden, daß die Mächte ihrer Entscheidung ausschließlich nur eine platonische Bedeutung beigelegt wissen wollten. Die Pforte müßte seit der Konferenz doch zu der Einsicht gelangen, daß Europa entschlossen sei, nicht mehr mit sich markten zu lassen.

Wien, 4. Juli. Die Kollektiv-Note wegen der griechischen Grenze soll angeblich morgen in Konstantinopel überreicht werden. Momentan schwebt unter sämmtlichen Mächten ein vertraulicher Ideenaustausch über Coercitiv-Maßregeln gegen die Pforte, falls letztere Europa trotzt. Eine maritime Pression scheint thatsächlich in Aussicht genommen zu sein, wenngleich noch nicht definitiv beschlossen. Nicht sämmtliche Mächte würden an der Pression aktiven Theil nehmen, jedoch wären die Mächte, welche Schiffe nach dem Orient entsenden, Mandatare Europas. In Konstantinopel herrscht ungeheure Aufregung. Die Alt-Türken petitioniren angeblich bei dem Sultan um Entfaltung der Propheten-Fahne und Verkündung des heiligen Krieges. Die Blätter melden, für die Christen in Konstantinopel bestehe die Gefahr eines Massacre.

Paris, 4. Juli. Die Morgenblätter sprechen sich über den gestrigen Beschluß des Senats von ihren Parteistandpunkten aus. Die Journale der Intransigenten erklärten, der Senat habe durch sein Votum einen Selbstmord an sich vollzogen, die Blätter der gemäßigten Linken fordern die Deputirtenkammer auf, dem Beschlusse des Senats beizutreten. Die „Rep. franc.“ erklärt, die Amnestie werde eine vollständige und ganze sein. Die Journale der Rechten beglückwünschen den Senat zu seinem Beschlusse, das Organ Dufaures, das Journal „Parlament“, sagt, der Senat habe das Vertrauen gerechtfertigt, welches das Land in denselben gesetzt habe.

Paris, 4. Juli. Der „Liberté“ zufolge wurden gestern Morgen von der Polizei 8 Personen verhaftet, welche russische Nihilisten oder deutsche Sozialisten sein sollen. Es wurde denselben die Ausweisung angekündigt.

Paris, 3. Juli. Der Präsident des Pariser Tribunals, Aubegin, hat in der dringlichen Klage der Jesuiten, Angesichts der Wichtigkeit der in Frage stehenden Prinzipien, die Entscheidung bis Mittwoch verschoben. Mehrere andere Gerichte haben sich für kompetent erklärt. Die Regierung hat sofort durch die Präfekten den Kompetenzkonflikt erhoben. Aus einigen Orten der Provinz werden Manifestationen und Ruhestörungen anläßlich der Ausführung der Dekrete gemeldet, doch sind dieselben leicht unterdrückt worden. Eine steigende Erregung der Gemüther ist indessen unverkennbar, welche, falls die Amnestie verworfen werden sollte, zu ernsten Befürchtungen für den 14. Juli berechtigt. Die Nachrichten des „Gaulois“ über besorgte Aeußerungen Grevy's in dieser Hinsicht dürften jedoch unrichtig sein, desgleichen die Gerüchte, daß Grevy sich entschieden gegen jede weitere Ausführung der Dekrete gegen die übrigen Kongregationen erklärt habe. Drei General-Advokaten des Appellhofes und drei Prokuratoren des Pariser Tribunals haben ihre Entlassung eingereicht. Ebenso der Sohn des Herzogs von Audiffret-Pasquier und mehrere andere Attachés des auswärtigen Amtes.

Paris, 4. Juli. Das Amendement Bozerian, welches die Mörder und Brandstifter von der Amnestie ausschließt, wird von den leitenden republikanischen Organen als unannehmbar bezeichnet, da die Durchführung derselben einer Verwerfung der Amnestie gleichkäme, weil die Kriegsgerichte die Solidarität der Akte der Kommune und der Theilnahme an Mord und Brandstiftung für die meisten Betheiligten angenommen hätten und selbst Rochefort hiernach ausgeschlossen sein würde. Das „Journal des Debats“ und das „Parlament“ sind zufrieden und plaidiren für die Annahme durch die Kammer. Man glaubt, daß letztere das Amendement Bozerian verwerfen und das von Labiche annehmen wird, für welches dann auch im Senate sich eine Majorität finden würde. Die Kritik über die Haltung des Senats ist eine sehr lebhafte, am heftigsten sind die Angriffe auf Jules Simon. Die Befürchtungen einer Kabinetskrisis, weil das Ministerium, bei dem Amendement Labiche geschlagen, das Amendement Bozerian annahm, um die vollständige Verwerfung der Amnestie zu verhindern, sind unbegründet. Die Stimmung des Publikums ist eine ruhige.